der Rente zu haben, der/die muss gucken wo er/sie bleibt.

Gleichzeitig sorgen Politiker immer wieder dafür, dass das Renteneintrittsalter stückweise immer weiter angehoben wird, während das Rentenniveau immer weiter gesenkt wird. Aktuell wird immer wieder über die Rente ab 70 diskutiert. Für viele Menschen dürfte das bedeuten Arbeiten bis zum Umfallen.

Frauen sind besonders betroffen

Einen besonders großen Teil der von Altersarmut betroffenen machen Frauen aus. So ist die Rente von Frauen über 65 Jahren heute in Deutschland im Schnitt rund 46 Prozent niedriger als von Männern. Gründe dafür sind einerseits die oben bereits angesprochenen, wie Erziehung und Pflege von Angehörigen, private Hausarbeit, Teilzeitarbeit, Minijobs, die Frauen besonders betreffen. Auf der anderen Seite führen noch immer deutlich niedrigere Löhne auch zu einer nochmals deutlich geringeren Rente.

Wir brauchen eine lebenswerte Alternative!

Immer mehr Menschen wird klar, auf was sie da im Alter zusteuern und die Wut und Verzweiflung über die Aussichten im Alter wachsen. Es ist klar, dass wir dringend eine lebenswerte Alternative zum aktuellen Rentensystem brauchen.

Eckpunkte für ein gerechteres Rentensystem, wären etwa die Abschaffung der Rentenbesteuerung und die Einführung einer Rentenkasse für alle. Zudem müsste das allgemeine Rentenniveau auf rund 80% des Nettoverdienstes erhöht, eine Mindestrente von 1200 Euro eingeführt und das Renteneintrittsalter auf 60 Jahre abgesenkt werden.

Das wir all das nicht einfach so geschenkt bekommen ist klar. Wir müssen uns zusammenschließen und kollektiven Druck auf die Regierung und Konzerne ausüben um dieser Vision einer gerechten und würdigen Rente näher zu kommen. Im Alter wird es uns alle treffen, von daher besser jetzt zusammenschließen und gemeinsam kämpfen!

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer-Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 75803785* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*

Foto 1 & 2 : Solidaritätsnetzwerk Köln
Foto 3 & 4: pixabay.de - CC0

PERSPEKTIVE»
Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 35 | Februar 2020 www.perspektive-online.net

Kampf für kostenlosen Nahverkehr

Eine Kampagne des Solidaritätsnetzwerks

Obwohl der Klimakrise nur Sofortmaßnahmen entgegen wirken können, sträuben sich PolitikerInnen und Großkonzerne, diese umzusetzen. Das Solidaritätsnetzwerk, ein Zusammenschluss von ArbeiterInnen, Arbeitslosen, Frauen, MigrantInnen und Jugendlichen kämpft deshalb für die sofortige Einführung des kostenlosen Nahverkehrs.

Warum fordert das Solidaritätsnetzwerk kostenlosen Nahverkehr? Wir fordern den Zugang zu kostenlosen öffentlichen Verkehrsmitteln (ÖPNV), weil die Klimakrise schnelles Handeln erfordert. Die Einführung von kostenlosem Nahverkehr für Alle ist möglich und sofort umsetzbar. Gleichzeitig denken wir, dass die heutigen Debatten um Umweltschutzmaßnahmen größtenteils falsch geführt werden.

Heute diskutieren die PolitikerInnen über **Massensteuern** wie beispielsweise die CO^2-, Diesel- oder gar die Fleischsteuer. Diese Maßnahmen sollen angeblich der Klimakrise entgegenwirken. Die Theorie dahinter: Menschen sollen durch die weiteren Steuern mehr bezahlen und so weniger reisen, weniger Dieselfahrzeuge fahren und weniger Fleisch konsumie-

ren. Im Umkehrschluss würde die Gesellschaft durch diese Zwangsmaßnahmen die Umwelt schonen. Doch wir denken, dass diese Maßnahmen falsch sind. Die oben genannten Massensteuern werden letztlich nur zu Lasten der ArbeiterInnen führen. Während Großkonzerne Tonnen an CO^2 in die Atmosphäre pusten und wertvolle Rohstoffe verschwenden, wollen wir als KonsumentInnen nicht noch mehr Geld für alle möglichen Produkte bezahlen.

Auf der anderen Seite ist es klar, dass die PolitikerInnen nur über solche Maßnahmen diskutieren wollen. Denn würde man wirklich an den Kern des Problems gehen wollen, hätte man beispielsweise den Dieselskandal viel strenger verurteilt und die Konzerne zur Kasse gebeten.

Wir brauchen eine schnelle, kostenlose Alternative - der kostenlose Nahverkehr ist eine!

Die Untersuchungen in diesem Bereich zeigen, dass etwa 30% mehr Menschen die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen würden, wenn er kostenlos wäre. Man müsste zwar viel Geld in den Ausbau stecken, aber nur so könnten viele Menschen ihr Auto stehen lassen und Bus und Bahn fahren. Der Ausbau ist wichtig, weil die aktuellen Kapazitäten jetzt schon, gerade zu Stoßzeiten, lange nicht mehr ausreichen. Die Bahnen und Busse sind schon heute überfüllt. Jede/r kennt das. Außerdem sind noch lange nicht alle Menschen an die öffentlichen Verkehrsmittel angebunden, sodass auch hier längst überfällige Maßnahmen notwendig sind. Vor allem, weil wir denken, dass ein ausgebauter kostenloser Nahverkehr Menschen dabei helfen kann, wieder am sozialen Leben teilzunehmen und Mobilität ein Menschenrecht ist!

Bezahlen sollen das die Konzerne, deie bis heute für die Umweltzerstörung verantwortlich sind. Dazu gehören wie oben genannt die Konzerne, die am Dieselskandal teilhaben. Beispielsweise wären das die Volkswagen AG und die Bosch GmbH. Des weiteren der Stromgigant RWE. Gegen die Handlungen des Unternehmens wurde bereits im vergangenen Jahr von AktivistInnen entschieden demonstriert. Außerdem wird bereits heute über die Hälfte an Kosten für öffentliche Verkehrsmittel aus Steuergeldern finanziert. Und wer sagt eigentlich das der Nahverkehr von nach Profizt strebenden privaten Unternehmen durchgeführt werden muss?

Wie wollt ihr die Kampagne durchführen?

Wie in unserem Selbstverständnis steht, setzen wir auf gegenseitige solidarische Hilfe und direkte Aktionen, um Forderungen gegenüber Unternehmen, Vermietern, Ämtern und anderen Einrichtungen durchzusetzen. Grundsätzlich vertreten wir die Position, dass wir nur durch aktive Kämpfe Verbesserungen für uns als ArbeiterInnen erzielen können, denn die da oben werden es nicht freiwillig tun. In den Städten, in denen wir vertreten sind, - Cottbus, Erfurt, Freiburg und Köln - werden verschiedene öffentliche Aktionen wie Demonstrationen, Kundgebungen zu diesem Thema stattfinden. Auch werden wir lokal von anderen Initiativen unterstützt, welche das selbe Ziel verfolgen.

Infos: soli-net.de/nahverkehr

Solinetz Köln in Aktion

Altersarmut geht uns alle an!

Von Kevin Hoffmann

Für Millionen Menschen ist sie schon heute bittere Realität und auch einem Großteil der arbeitenden Bevölkerung wird sie zum existenzbedrohenden Problem werden: Altersarmut.

Beim Thema Altersarmut kommen viele gesellschaftliche Problem zusammen, die sonst oft scheinbar getrennt neben einander stehen. Doch Arbeitslosigkeit, Erziehung und Pflege von Angehörigen, private Hausarbeit, Teilzeitarbeit, Minijobs, Scheinselbstständigkeit und co. führen alle zum selben Ergebnis. Sie führen ohne Umwege im Alter zu einer Situation, in der die Rente zum überleben nicht reicht.

Angewiesen auf staatliche Zahlungen

Wohl den wenigsten Menschen ist wohl dabei, dauerhaft auf Geldleistungen vom Staat angewiesen zu sein. Zumal dieser dafür quasi vollkommen gläserne AntragsstellerInnen verlangt, die ihr gesamtes Hab und Gut, all ihre Konten und mögliches gespartes offen legen müssen. Doch für mehr als eine Millionen Menschen ist dies schon heute bittere Realität. Seit dem Jahr 2004 hat sich die Zahl der Menschen die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beziehen müssen mehr als verdoppelt. Experten gehen davon aus, dass diese Zahl in den kommenden Jahren noch deutlich weiter zunehmen wird. Dann könnte die Zahl auf mehrere Millionen anwachsen. Schon heute müssen mehr als 9,3 Millionen von weniger als 900 Euro Brutto-Rente leben.

Arbeiten bis zum Umfallen

Um der Altersarmut zu entgehen oder zumindest nicht zu lange mit ihr noch leben zu müssen, versuchen immer mehr RentnerInnen ihr überleben durch längeres arbeiten bzw. durch Nebenverdienste aufzubessern. Wer das aus gesundheitlichen Gründen nicht kann oder einfach der Meinung ist nach Jahrzehnten schwerer Arbeit ein Anrecht auf ein würdiges Leben in